



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

III. Zur Vorgeschichte der Enthüllung

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

III

Zur Vorgeschichte der Enthüllung¹⁾

Nr. 1

Aus der ersten Regierungskundgebung Eisners in der Nacht zum 8. November 1918.

In dem Aufruf wird die über Nacht vollzogene Umwälzung und die Errichtung eines freien Volksstaates Bayern angekündigt.

Über die Friedensfrage heisst es:

Eine neue Zeit hebt an. Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes auch die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterungen zu erledigen, bevor die feindlichen Heere die Grenze überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten deutschen Truppen das Chaos herbeiführen.

Nr. 2

Aus der Rede Eisners im Arbeiter- und Soldatenrate am 8. November 1918²⁾

Dann die zweite Erwägung: Der amerikanische Präsident hat in seiner vorletzten Note in deutlichen Worten kundgegeben, dass er nicht gesonnen sei, mit dem, was man heute in Berlin Volks-

¹⁾ Die im folgenden Abschnitt erwähnten Regierungskundgebungen liegen gedruckt vor. — Vgl. Meiner, Deutscher Geschichtskalender: Die deutsche Revolution, 1. Bd. — Die Originale der mitgeteilten Aktenstücke befinden sich im Münchner Ministerium des Äusseren.

²⁾ Eröffnungsrede zur ersten Sitzung der Räte und zur Bildung des sozialistischen Ministeriums. — Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Provisorischen Nationalrates und der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in Bayern vom 8. November bis 18. Dezember 1918.

regierung nennt, einen Verständigungsfrieden zu schliessen, sondern dass es sich bei einer solchen Regierung nur um Kapitulation handeln könne. Wenn aber nun in Bayern eine revolutionäre Regierung ersteht, deren treibende Kräfte von Anfang des Krieges an in einsamer und gefährlicher Opposition die deutsche Kriegspolitik bekämpft haben, so können wir vertrauen, dass eine solche Regierung bei dem amerikanischen Präsidenten einen anderen Eindruck erwecken und mildere Stimmung auslösen kann, als wenn er es zu tun hat mit einer Regierung, die alle Verantwortlichkeiten der Vergangenheit mit übernommen hat. Es liegt mir fern, in unwürdiger, feiger Art um die Gunst unserer Gegner buhlen zu wollen. Aber ich weiss, dass man uns, den treibenden Kräften der neuen Umwälzung, wenigstens Vertrauen schenkt. Wir haben niemals die gemeinsame Sache der Internationale geschädigt, deswegen vertraue ich, dass diese uns einen milderen Frieden für Deutschland erwirken kann, als wenn hier noch jenes System herrschte, das mitschuldig war an dem Ausbruch des grössten aller Verbrechen der Weltgeschichte.

Nr. 3

Kundgebung der Regierung des bayerischen Volksstaates vom 10. November 1918

An die Regierungen und Völker Amerikas, Frankreichs, Englands
und Italiens!

An die Proletarier aller Länder!

Das bayerische Volk hat zuerst in Deutschland unter Führung von Männern, die seit Beginn des Krieges den leidenschaftlichsten Kampf gegen die frevelhafte Politik der deutschen Regierungen und Fürsten geführt haben, in einer stürmischen und von endgültigem Erfolg gekrönten revolutionären Erhebung alle und alles beseitigt, was schuldig und mitschuldig an dem Weltkrieg war. Bayern hat sich als Volksstaat proklamiert. Das ganze Volk begrüsst jubelnd seine Erlösung. Die anderen Staaten Deutschlands folgen in unaufhaltsamem Drange unserem Beispiel und begründen damit zum erstenmal eine wirkliche innere Einheit Deutschlands.

In diesem Augenblick stürzt auf die junge Republik Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unabänderlich sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein.

Wie verstünden wir die Empfindungen, die die alliierten Mächte veranlassten, solche Bedingungen zu stellen, wenn sie damit die Schuldigen treffen würden. Die deutschen Autokraten und Militaristen verdienen keine Schonung. Jetzt aber hat das Volk sich befreit, und die Bedingungen, die ihm jetzt auferlegt werden, bedeuten seine Vernichtung. Werden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. Eine anarchistische Auflösung aller Verhältnisse, die gerade die bayerische Revolution durch die Schaffung eines in sich gefestigten Volksstaates verhindern wollte, würde die notwendige Folge sein, und die Herrschaft zuchtlos sich auflösender Millionenheere würde eine geistige und sittliche Verwilderung, eine politisch-soziale Besessenheit herbeiführen, die auch in das Gebiet der Sieger verheerend übergreifen würde.

Das darf nicht geschehen. Die demokratischen Völker dürfen nicht wollen, dass die revolutionäre Schöpfung der deutschen Demokratie durch die Schonungslosigkeit der Sieger vernichtet wird. Jetzt ist die Stunde gekommen, wo durch einen Akt weit ausblickender Grossmut die Versöhnung der Völker herbeigeführt werden kann. Vergesst in der Schöpfung der neuen Welt den Hass, der in der alten erzeugt worden ist. Der Völkerbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören Euch, die Regierungen wie die Völker, in einer Tat erhabener Selbstüberwindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen. Dieses schwere Werk würde die erste Handlung des neuen Völkerbundes sein und ihn damit begründen.

Die alliierten Demokratien dürfen nicht vergessen, wie viel stumm ertragene Opfer unzähliger namenloser Deutschen seit Beginn dieses Krieges in klarer Erkenntnis der Schuld gebracht worden sind, und die Regierungen der alliierten Mächte dürfen nicht die Verantwortung vor den proletarischen Massen übernehmen, die Internationale in dem Augenblick wieder zu zerstören, wo sie sich innerlich zusammengefunden hat. Das Schicksal der Menschheit liegt in den Händen der Männer, die jetzt verantwortlich sind für die Herbeiführung des Friedens und die Neugestaltung der zerrütteten Völker.

München, den 10. November 1918

Das Ministerium des bayerischen Volksstaates

Kurt Eisner

Professor Foerster¹⁾ in Zürich an den MinisterpräsidentenDringendes Telegramm Zürich, den 11. November 1918; 6⁴⁰ nachm.

Aufrichtigen Dank für das Vertrauen.²⁾ Möchte zunächst zur Erwägung geben, ob es nicht besser wäre, die bayerische Sondergesandtschaft, die nur als Gewicht gegen die preussische Vorherrschaft einen Sinn hatte, gerade jetzt fallen zu lassen. Wichtiger als je ist es jetzt, dass Deutschland nach aussen einheitlich auftritt. Darum wäre die sofortige Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft Bern aus vielen Gründen ausserordentlich dringend; auch dafür wäre der im gestrigen Telegramm Genannte am meisten geeignet. Durch die geplante Neubesetzung der bayerischen Gesandtschaft hingegen könnte der Eindruck entstehen, als komme eine neue partikularistische Ära. Sollten jedoch besondere Gründe für eine vorläufige Sonderaktion Bayerns sprechen, so stelle ich mich selbstverständlich sofort zur Verfügung. Erlaube mir jedoch zu empfehlen, in diesem Falle das Provisorische der bayerischen Sondervertretung ausdrücklich hervorzuheben.

Foerster

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

Telegramm München, den 12. November 1918

Mein Wunsch, dass Sie die provisorische bayerische Gesandtschaft übernehmen, ist durch die triftigsten Gründe veranlasst. Partikularistische Gefahren bestehen gegenwärtig nicht. Die Bedrohung

¹⁾ Der frühere Münchner Universitätsprofessor und bekannte Pazifist; er war schon während des Krieges zeitweise in der Schweiz schriftstellerisch und politisch tätig. Seine Auffassungen über den Kriegsursprung, die Schuld am Kriege, die deutsche Kriegsführung trafen sich mit denjenigen Eisners, ohne dass er jedoch dessen revolutionäre Streikmethode zur Beendigung des Krieges gutgeheissen hätte. Vgl. Foersters Schrift: „Mein Kampf gegen das militaristische und nationalistische Deutschland“ (1920). Seite 21 berichtet Foerster über sein Zusammentreffen mit Eisner am Abend vor dem Streik der Kruppschen Arbeiter in München (Januar 1918); Seite 27 ff. und Seite 113 ff. über seine und Eisners Stellung zur Schuldfrage. Dabei wird auch die Veröffentlichung vom 23. November 1918 kurz behandelt.

²⁾ Bezieht sich auf das Angebot, das Amt eines Gesandten zu übernehmen.

kommt von ganz anderer Seite. Unter diesen Umständen ist es von entscheidender Wichtigkeit, dass die besondere Form unserer bayerischen Revolution sich in ihrem moralischen Einfluss durchsetzt. Ich gebe Ihnen also hiermit die Vollmacht eines provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates und ersuche Sie, beim Berner Bundesrat zu veranlassen, dass er die von uns in der Nacht zum 11. November an die Entente gerichtete Kundgebung sofort weiterleitet. Leider erhalte ich erst eben vom Bundesrat die Antwort, dass er die Weiterleitung ablehnt. Wenn Waffenstillstandsbedingungen nicht gemildert, so ist für uns alles verloren.

Ministerium des Äussern

Kurt Eisner

Nr. 6

**Der provisorische Gesandte in der Schweiz an den
Ministerpräsidenten**

Telegramm Zürich, den 13. November; 7⁴⁰ nachm.

Bestätige Empfang Ihrer telegraphischen Ernennung, die wegen Generalstreik erst heute mittag ankam. Warte für die persönliche Vorstellung nur noch Ihre schriftliche Vollmacht ab. Ihre Wünsche werden sofort erfüllt werden. Hatte soeben mit einem zufällig hier anwesenden höchst einflussreichen Vertreter der Entente mehrstündige Unterredung in Ihrem Sinne. Durch die vierjährige deutsche Bluffpolitik ist das Misstrauen uns gegenüber so gross geworden, dass man fürchtet, auch die jetzige Umwälzung sei nur eine Parade, oder nach kurzer Zeit würde die jetzt verdrängte Reaktion wieder hervorbrechen. Nur darauf beziehen sich die harten Bedingungen. Man wird uns aber bestimmt in grossem Stil mit der Ernährung helfen, sobald der neue Geist deutlich und zuverlässig in Wort und Tat zu Tage tritt. Hierüber wird Ihnen übermorgen Doktor de Fiori einen eingehenden Bericht von mir übergeben. Ich erbitte daher eine Anweisung an die Grenzbehörde, den Genannten ohne Durchsuchung passieren zu lassen. Da ich selber wohl erst nächste Woche nach München zur Berichterstattung abkömmlich bin, so erlaube ich mir durch den Genannten einige eilige Dinge mündlich zur Information und Entscheidung vorlegen zu lassen. Auf Abberufung sämtlicher diplomatischer Beamten der Gesandtschaft darf ich wohl rechnen.

Foerster

Nr. 7

Der Ministerpräsident an Professor Foerster in Zürich

München, den 14. November 1918

Sie werden hierdurch zum bayerischen Gesandten für die Schweiz ernannt.

Das Ministerium des Volksstaates Bayern.

Der Ministerpräsident: Kurt Eisner

Nr. 8

George D. Herron ¹⁾ in Genf an Professor Dr. Edgar Jaffé, Finanzminister des Volksstaates Bayern und an den Ministerpräsidenten Eisner

Telegramm

Genf, den 14. November; 12¹⁸ nachm.

Ich habe Ihre Kundgebung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt und ebenfalls eine persönliche Erklärung und Bitte an den Präsidenten gerichtet, ich glaube, es sei nicht ratsam die Kundgebung in diesem Augenblick an die öffentliche Presse zu geben, weil dies nur dazu dienen würde, das Bolschewiki-Feuer zu schüren und die Erwägung der von Ihnen erwünschten Ziele zu verhindern. Ich möchte Sie besonders auf die Tatsache aufmerksam machen, dass Sie, wie ich fürchte, nicht genügend in Betracht gezogen haben, dass der Waffenstillstand nur ein zeitweiliges militärisches Übereinkommen, nicht aber ein Friedensvertrag ist. Der Waffenstillstand

¹⁾ Amerikanischer Pazifist, wirkte während des Krieges in der Schweiz; mit Foerster, Dr. Muehlon und ihrem Kreise in Fühlung, auch mit dem Finanzminister Professor Dr. Jaffé bekannt. — Vgl. seine 1920 erschienene Schrift „Der Pariser Friede und die Jugend Europas“. Hier beklagt der durch das Versailler „Teufelswerk“ aufs Bitterste Enttäuschte, unter Hintanstellung seiner Grundsätze den Krieg gegen Deutschland gepredigt zu haben, von dessen Niederlage er sich den Anbruch eines neuen Zeitalters des Völkerfriedens und der Humanität versprach. Er bedauert, seine deutschen Freunde in dem durch äussere Umstände hervorgerufenen Glauben gelassen zu haben, dass er mit Wilson, den er bis damals nie gesprochen, auf vertrautem Fusse stehe, und ihnen die Überzeugung beigebracht zu haben, dass die 14 Punkte des Präsidenten unbedingt erfüllt würden (wohin auch die obigen Mitteilungen weisen). Er fühlt solchermassen sich und den internationalen Pazifismus bedrückt durch eine „beinahe unerträgliche Bürde von Schuld und Unterlassungssünde“. (Seite 15; Seite 21).

betrifft nur unmittelbare militärische Zustände und hat mit der politischen Sachlage oder der Friedenskonferenz nichts gemein. Machen Sie dies Ihren Leuten klar. Besonders Sie als Antimilitaristen sollten sehen, dass der Zweck dieses Waffenstillstandes ist, Ihre eigenen Feinde in Deutschland zu zerstören und den Weg für Ihr Programm zu klären. Alles was Sie jetzt zu Ihren Gunsten zählen. Ausserdem besteht auf der Seite der Entente keine Absicht, Ihr Volk in ökonomisches Elend zu bringen, sondern man wünscht im Gegenteil, Ihnen so schnell wie möglich ökonomische Hilfe zu bringen. Schliesslich können Sie versichert sein, und das ohne den geringsten Zweifel, dass, wenn es Ihnen gelingt, unverzüglich eine wirklich demokratische Regierung in Bayern und den anderen deutschen Staaten zu errichten, der Präsident der allererste sein wird, Ihnen alle mögliche Sympathie und Hilfe zu bringen. Der Präsident wünscht nicht im geringsten, das deutsche Volk zu zerstören, sondern im Gegenteil so schnell wie möglich seine Erlösung und Befreiung zu erreichen.

Dieses Telegramm ist auch für Präsidenten Eisner bestimmt.

In alter Freundschaft und mit brüderlichen und herzlichen Grüssen

George D. Herron

Nr. 9

Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den Ministerpräsidenten

Telegramm Zürich, den 14. November 1918; 12²⁵ nachm.

Da hier noch weitere Unterredung abwarten möchte, wird Bericht erst Samstag abend in Ihren Händen sein. Aussichten für Milderung Waffenstillstandsbedingungen verbessern sich unverkennbar auch auf englischer Seite, doch wird sich diese Milderung mehr in tatsächlicher Praxis als in sofortiger öffentlicher Zurücknahme einzelner Punkte vollziehen. Da hier jetzt entscheidend wichtige Möglichkeiten haben, in dieser Richtung auf massgebende Stellen zu wirken und Vertrauen in die deutsche Entwicklung zu schaffen, so werde ich meine persönliche Berichterstattung in München wohl besser auf Ende nächster Woche verschieben. Sie dürfen jedenfalls in der Organisation der Volksernährung zuverlässig damit rechnen, dass die auf der Ententesseite noch vorhandenen Widerstände nur vorübergehend sind und auf einer abwartenden Haltung in Bezug auf die Konsolidierung des neuen Deutschland beruhen. Habe im Sinne Ihrer Proklamation, die hier grossen Eindruck macht, darauf hingewiesen, wieviel die Entente jetzt zu dieser Konsolidierung beitragen könne. Meine Adresse bleibt bis auf weiteres Susenbergstrasse 100.

Foerster

**Aus dem Regierungsprogramm des bayerischen
Ministeriums vom 15. November 1918¹⁾**

Die ersten Handlungen der revolutionären Regierung haben bedeutsame Erfolge gezeitigt. Die leitenden Männer der Entente sprechen nach der Umwälzung anders als zuvor. Unser Appell an das Weltgewissen blieb nicht ungehört. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden erheblich gemildert. Der Geist des Patrioten, der die französische Republik leitet, spricht heute mit menschlichem Verständnis und Vertrauen. Amerika verheisst dem besiegten Feind, durch Versorgung mit Lebensmitteln den furchtbaren Übergang zu erleichtern. Wir hoffen, dass es uns auch gelingen wird, die Zufuhr von Rohstoffen zu gewinnen. Wir haben heute die Zuversicht, dass dank unserer ebenso revolutionären wie besonnenen Politik unser in jener Note an die Entente ausgesprochener Gedanke der Erfüllung entgegenreift, dass der Völkerbund in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse.

Wenn wir auf das Vertrauen der feindlichen Mächte rechnen, so betrachten wir es um so mehr als unsere Aufgabe, auch innerhalb der deutschen Stämme eine innige Gemeinschaft vorzubereiten. Wir glauben und wollen, dass eine Vereinigung des Deutschen Reiches mit der deutsch-österreichischen Republik unaufschiebbar ist. Wir sind ferner der Meinung und entschlossen, diese nationale Politik mit fester Hand durchzuführen, dass die Selbstbestimmung Bayerns innerhalb des Ganzen erhalten und gesichert werden muss. Wenn wir das Ziel erreichen wollen, dass die Vereinigten Staaten von Deutschland, die Österreich einschliessen, die einzige mögliche Lösung des nationalen Problems sind, so werden wir in nächster Zukunft eine zweckmässigere Gliederung der deutschen Staaten durchzuführen haben, die ohne jede Vorherrschaft eines einzelnen Staates und ohne Antastung der Freiheit und Selbständigkeit Bayerns auch die notwendigen Massnahmen vernünftiger Einheit trifft. So wird für das deutsche Volk auch in nationaler Hinsicht eine glücklichere Zukunft beginnen.

¹⁾ Amtliche Bekanntmachung.

Nr. 11

**Der bayerische Gesandte in der Schweiz an den
Ministerpräsidenten**

Zürich, den 16. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Die Ernennung zum provisorischen Gesandten des bayerischen Volksstaates habe ich ohne Zögern angenommen, weil ich mich bezüglich der weltpolitischen Fragen in besonders intimer Gesinnungsgemeinschaft mit Ihnen fühle; ich glaube auch in der gegenwärtigen schwersten Krise Deutschlands meine alten und neuen Beziehungen zu den massgebenden Ententekreisen wirksamer verwerten zu können, wenn ich hier nicht nur als Privatmann tätig bin. Da ich im gegnerischen Lager wegen meines Universitätskonfliktes ein unbedingtes Vertrauen genieße, so dient meine Ernennung auch dazu, den Absichten der neuen bayerischen Volksregierung bei der Entente Vertrauen zu schaffen. Übrigens habe ich von dem Augenblicke an, in dem ich Sie zu meiner aufrichtigen Freude in der Macht wusste, sofort ganz in Ihrem Sinne gewirkt, wobei mir zugute kam, dass der intimste Vertrauensmann Clémenceaus, der sich in ununterbrochener Verbindung mit den leitenden Männern der Ententestaaten befindet, mich hier besuchte und seitdem fast jeden Tag ein Exposé über irgend eine wichtige Frage von mir erbittet, das er dann übersetzt und an die genannten Stellen sendet. Zufällig hatte ich sofort nach Empfang Ihres Telegramms wieder Gelegenheit, dem Genannten in dreistündiger Unterredung die ganze Sachlage darzulegen, wobei ihm das moralische Element in Ihren Kundgebungen besonderes Vertrauen einflösste. Er hat sofort nach dieser Unterredung an Clémenceau und an die amerikanische Gesandtschaft telegraphiert. Sie dürfen als schönsten Lohn für alle Ihre Mühen das Bewusstsein haben, dass Sie in diesem Augenblicke Deutschland gerettet haben. Denn die vorangehenden Berliner Kundgebungen vermochten kein Vertrauen zu erwecken.

Bei der Beurteilung der ersten Waffenstillstandsbedingungen ist zu beachten, dass dieselben noch auf Wilhelm II. zugeschnitten waren und das damals noch nicht überwundene, schuldige, militärische Deutschland treffen sollten; „wir wollten hart sein“ sagte der Genannte, „wir wollten dem militärischen Deutschland die ganze Wucht seiner Niederlage zeigen und damit dem deutschen Volke grell zum Bewusstsein bringen, wohin es geführt worden ist“. Von diesem Standpunkt aus sind auch die starken Garantien begreiflich, die man forderte: solange jenes militärische Deutschland nicht radikal aus dem Sattel gehoben war, musste man ja in der Tat jede Lebensmittellieferung noch als Proviant für den Feind betrachten. Nun

ist ja alles in bestem Gange: mir wird soeben auch von zuverlässiger Seite aus Bern telephoniert, dass die Entente auch in Bezug auf Tempo und Frist der Demobilisierung zu grösstem Entgegenkommen bereit sei, um ein Chaos zu verhindern. Ganz besonders hat man in Frankreich nunmehr den dringenden Wunsch, das zweitausendjährige Nachbarschaftsverhältnis zum deutschen Volke auf eine ganz neue Grundlage zu stellen.

Zur Beurteilung der bisherigen Haltung der Entente ist auch zu beachten, dass vor zwei Wochen die Vertreter des österreichischen ancien régime hier mit der Entente verhandelten, um durch schnelle Verproviantierung die Revolution zu verhüten und den Thron zu retten: Die Entente hat dann vorgezogen, den Sturz des alten Systems abzuwarten.

Weltpolitisch sehr in Betracht zu ziehen ist die Stellung der Entente zum Bolschewismus. Ich gebe zunächst kurz die Auffassung des oben erwähnten Ententevertreters wieder: Derselbe betonte, daß dem Westen jede noch so radikale deutsche Regierung willkommen sei, sobald sie sich nur vom Bolschewismus, d. h. von gewalttätiger und blutiger Autokratie bestimmter Gruppen und der daraus folgenden Anarchie fernhalte. Einer bolschewistischen Regierung werde man jede Unterstützung versagen. Man werde auch dem russischen Bolschewismus jetzt zu Leibe rücken, man habe den Krieg gegen die deutsche Unmenschlichkeit nicht geführt, um dafür den bolschewistischen Zarismus einzutauschen. Ich habe sofort betont, dass Bolschewismus bei uns nur zu fürchten sei, wenn die jetzige Regierung in der Volksernährung versage; der bayerische Ministerpräsident habe ausdrücklich den unblutigen Charakter der geschehenen Umwandlung gefeiert; alle Kundgebungen der neuen deutschen Regierungen seien voll von Appell an strikteste Ordnung. Ich glaube, dass jede öffentliche Kundgebung, die in diesem Sinne eine Absage an die östlichen Methoden enthält, von ganz ausserordentlicher Bedeutung ist, um die Atmosphäre zu schaffen, ohne die die Übersee Lieferungen grossen Stils zum Aufbau der deutschen Industrie nicht wagen wird: Nur das Vertrauen auf eine geordnete — wenn auch noch so radikale — Entwicklung in Deutschland wird im Stande sein, das überseeische Unternehmertum so bald wie möglich aus einer abwartenden Haltung herauszubringen.

Erlauben Sie mir, dass ich im Anschluss an diese Mitteilungen noch meinen eigenen Standpunkt zu der Prinzipienfrage „Bolschewismus und Entente“ präzisiere. Aus vielerlei Anzeichen habe ich die Ahnung, dass Ihre Auffassungen auch in dieser Frage weit mit den meinigen gehen, ja vielleicht ganz mit denselben übereinstimmen. Es kann aber auch sein, dass ich mich in dieser Annahme irre — dann ist es gut, dass Sie genau sehen, wo ich stehe, und danach manche künftige Entscheidung bemessen.

Gestern abend besuchte mich der polnische Redakteur M. Horwitz, der die Absicht aussprach, auch Sie aufzusuchen und der im

Anschluss daran mir seine Ansichten entwickelte. Er kritisierte lebhaft Ihre Tonart gegenüber der Entente und behauptete, man hätte ruhig abwarten sollen, bis die Entente-Sozialisten ihre Regierungen durch Umsturz zu anderen Waffenstillstandsbedingungen gezwungen hätten. Auf meinen Einwurf, dass dann eben das Chaos bei uns eingetreten wäre, antwortete er, das hätte nichts geschadet, solche Erschütterungen seien nötig, um die Geburt einer wirklich neuen Welt zu ermöglichen. Der Herr machte mir den Eindruck eines ganz abstrakten Kopfes, der die politischen und sozialen Verhältnisse der Ententevölker völlig schief beurteilt und den chaotischen Osten zum Lehrmeister der deutschen Entwicklung machen möchte. Die Mentalität dieser blossen Mechaniker der gesellschaftlichen Entwicklung, deren ganze Propaganda im Grunde moralisch völlig in der Luft steht, ist mir genau so tief zuwider wie die Mentalität unserer realpolitischen Ideologen des nationalen Gewaltstaates: es sind ganz die gleichen Naturen, nur dass die einen von unten das vollbringen wollen, was die anderen von oben praktizierten. Leider gehört nach meinem Eindruck auch die hiesige „Volksrecht“-Gruppe durchaus in diese Sphäre, — woher es sich auch erklärt, dass diese Gruppe in der demokratischen Schweiz eine vollständige moralische und politische Niederlage erleidet, wozu nicht zum wenigsten ihr Eintreten für die Terroristen der Lenin-Regierung beigetragen hat. Allen diesen Leuten sind Sie bereits verdächtig. Der Redakteur Horwitz repräsentiert — wenn ich ihn richtig verstanden habe — in typischer Weise eine Anschauung, die jetzt in gewissen von der Stimmung des revolutionären Ostens beeinflussten Kreisen der Schweiz grassiert: die sogenannte Entente sei der eigentliche Feind und repräsentiere den imperialistischen Kapitalismus in seiner höchstentwickelten Form; alles komme darauf an, die westliche Arbeiterschaft im östlichen Sinne zu revolutionieren und dann gemeinsam gegen die Bourgeoisie vorzugehen. Eine Verständigung mit der jetzigen Entente verhindere nur diese radikale Lösung. Diese Leute wollen also nach vier Jahren Weltkrieg nunmehr den vierjährigen Bürgerkrieg als Mittel der sozialen Reorganisation entfesseln. Wenn dies das Programm des Fortschritts in Europa werden sollte, dann wüsste man wirklich nicht mehr, wofür man noch leben und kämpfen soll. Diese abstrakten Köpfe haben wohl zu wenig Phantasie, um sich zu fragen, wie der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas möglich sei, wenn die gesellschaftliche Erneuerung jetzt im östlichen Stile mit Hass, Absonderung und Gewalttat in Angriff genommen werden solle. Wir brauchen gewiss jetzt Führer und Programme, die aufs Ganze gehen und die das Volk zu grossen Entschliessungen fortzureissen verstehen, aber diese Führer müssen die Fähigkeit haben, den Bund der Handarbeit mit der Intelligenz und mit der technischen Welterfahrung in neuem Geiste zu begründen, statt diese Faktoren von einander loszureissen — und das in einem weltgeschichtlichen Augenblick, in dem von ihrer neuen Zusammenarbeit Leben und Gesundheit von Millionen abhängt —

vor allem auch die Herstellung von neuen Lebensbedingungen für die Millionen, die vier Jahre im Kriegselend gesteckt haben. Sollen sie nun aus der Not des Weltkrieges in die Schützengräben des Bürgerkrieges geworfen werden?

Die Hauptsache ist: die Vertreter jener ganzen Propaganda haben keine Ahnung von Wesen und Tendenz der französischen und englischen Arbeiterbewegung. Die industriellen Arbeiter sind in Frankreich eine absolute Minorität. Frankreich ist das Land der kleinen „Proprietäre“. Diese haben alles, was sie wollen. Eine neue Revolution in Frankreich ist ausgeschlossen — genau so wie sie in der Schweiz ausgeschlossen ist. Es kann in beschränktem Kreise vorübergehende Unruhen geben — aber nichts, was auch nur entfernt an Bolschewismus erinnert, kann sich dort durchsetzen. Was England und Amerika betrifft, so ist dort trotz der riesigen Industriearbeiterschaft eine Revolution völlig ausgeschlossen — einfach weil man dort von Gewaltaktionen nur Schaden erwartet und ausserdem jede Möglichkeit hat, sich im Rahmen der bestehenden Ordnungen allmählich durchzusetzen. Ich bin über diese Dinge und ihren neuesten Stand ganz genau unterrichtet. Die Bolschewisten werden erleben, dass englische und amerikanische Arbeiter von Odessa aus gegen jene Anarchie, die das Zerrbild jeder Demokratie ist, genau so begeistert vormarschieren, wie gegen den deutschen Militarismus. Der Westen hat dem Gewaltregime in jeder Form den Krieg erklärt, zum Teil aus Idealismus, zum grösseren Teil aus den Lebensbedürfnissen der geordneten Weltwirtschaft heraus, während wir immer noch in der weltpolitischen Borniertheit des ostelbischen Denkens steckten.

Ich habe diese Frage ausführlich behandelt, weil ich annehme, dass Ihnen in diesen Tagen von dem hiesigen bolschewistischen Zentrum aus viele falsche oder schiefe Informationen über die inneren Verhältnisse im Ententelager zugetragen worden sind. Die Entente, ausgenommen Italien, ist absolut nicht vom Imperialismus beherrscht; Ihre Politik ist daher durchaus im Einklang mit dem wirklichen Sachverhalt.

Ganz besonders wichtig schien mir das Interview, das die „Vossische Zeitung“ betreffend Ihre Stellung zum Bolschewismus veröffentlichten konnte: ich werde sofort dem Bundespräsidenten Mitteilung machen, der — unabhängig von meiner Ernennung — den Wunsch nach einer Aussprache mit mir über die internationalen sozialen Probleme geäussert hat. Wir brauchen den guten Willen der massgebenden Kreise der Schweiz ja jetzt mehr als je für alle Probleme unserer Übergangswirtschaft — und wir brauchen diesen guten Willen und dies Vertrauen umsomehr, als, wie Ihnen gewiss bekannt geworden ist, in den letzten Monaten hier Machenschaften des Berliner Generalstabes ans Licht gekommen sind, die das Ansehen des deutschen Namens aufs schwerste geschädigt haben¹⁾

¹⁾ Es folgen Erörterungen über die Neubesetzung der deutschen Gesandtschaft in Bern, die hier nebensächlich sind.

Es wird zweifellos Früchte bringen, wenn ich jetzt in zahlreichen persönlichen Begegnungen mit massgebenden Ententeleuten in Zürich, Bern und Genf Vertrauen zum neuen Deutschland zu schaffen suche, und ferner gewissen Hauptbeschwerden des neutralen und feindlichen Auslands gegen unsere weltwirtschaftlichen und diplomatischen Praktiken einmal auf den Grund gehe, damit so, im Verein mit ähnlichen Informationen anderer, den Zentralen unserer auswärtigen Politik Material zur Verfügung steht, auf Grund dessen allmählich neue Traditionen für unsere Diplomatie geschaffen werden können. Die Demokratisierung unseres Auslandsdienstes z. B. würde nicht nur in dessen parlamentarischen Kontrolle, sondern vor allem auch darin zu suchen sein, dass die Gesandtschaften und Konsulate in ganz andern Stile als bisher die Sachkenner aller Volksschichten um sich scharen, und zugleich in einem neuen Geiste leitend auftreten, indem sie z. B. für den wirtschaftlichen Umgang mit dem Ausland einen Ehrenkodex entwickeln helfen, statt das Banditentum in der Handelskonkurrenz obendrein noch zu ermutigen. Ich werde Ihnen einiges recht Charakteristische mitteilen, was ich inbezug auf abstossende und einzig dastehende deutsche Geschäftsusancen gegenüber dem Auslande hier erfahren habe. Geht man jenen ganz übeln Traditionen nicht an die Wurzel, so haben wir bloss wieder Mannesmann- und andere Affären. Bei den Friedensverhandlungen wird man erst in ganzem Umfange erkennen, wieviel die Weltverärgerung über jene Praktiken zu den Vorbehalten Englands betreffend „Freiheit der Meere“ beigetragen hat. Im grossen Publikum sind diese Dinge absolut unbekannt. Auch die anderen hatten ihre skrupellosen Elemente, bei uns aber waren gerade die tonangebenden Kreise skrupellos und fanden nirgends in der öffentlichen Meinung und in der Presse eine kontrollierende Gegenwirkung.

Weiter oben erwähnte ich des ausserordentlichen Misstrauens der Entente inbezug auf Tiefe und Dauer der gegenwärtigen Umwälzung in Deutschland. Dieses Misstrauen richtet sich besonders auf den Ausgang der kommenden Neuwahlen. Die Entente fürchtet, dass dann die unbelehrbaren und noch nicht bekehrten Elemente wieder die alte Tonart reden und die alten Praktiken durchsetzen. Auf der anderen Seite wünscht auch sie nicht, dass die neue Richtung sich mit nur äusserlichen Mitteln, also durch autokratische Herrschaft einer bestimmten Volksgruppe behaupte, wodurch die Erziehung des deutschen Volkes zu wahrer Demokratie verhängnisvoll durchkreuzt werden müsste. Auch biete solche Gewaltherrschaft erst recht keine solide Garantie. Dieses Dilemma ist anscheinend unlösbar. Ich glaube man muss hier unbedingt und ohne Kleingläubigkeit die Konsequenzen des demokratischen Prinzips ziehen. Würde sich dann zeigen, dass eine wahrhaft demokratisch zustande gekommene Volksvertretung zunächst noch einen sehr grossen Teil des jetzt scheinbar überwundenen alten Deutschland wieder zur Geltung bringt, so muss man das in Gottesnamen hinnehmen, denn totschiagen oder äusserlich unter-

drücken kann man ja die Leute doch nicht, man muss vielmehr den Glauben haben, dass die Macht unserer geistigen Propaganda im Verein mit der erschütternden Sprache der Konsequenzen des von den „führenden“ Klassen angezettelten und verlängerten Krieges doch allmählich einen so überwältigenden Teil des betrogenen deutschen Volkes auf unsere Seite bringt, dass wir in der Lage sind, alles dasjenige in organischer Entwicklung durchzusetzen, was durch eine bloße Autokratie von unten her doch nur künstlich und nur mit verhängnisvollen Konsequenzen für die jetzt doppelt notwendige innerpolitische Ordnung und Einigkeit gesichert werden könnte. Die Hauptsache würde dann eben sein, dass man im grössten Massstabe an die Aufklärung des deutschen Volkes geht, dessen Bildungsschichten ja in der Tat noch keine Ahnung von den wahren Ursachen des Krieges und der Kriegsverlängerung haben.

Eine gewisse Hinausschiebung der Wahlen lässt sich ja ganz offen mit der Notwendigkeit einer solchen Aufklärung begründen und ebenso mit dem Hinweis darauf, dass die bisher führenden Klassen in ihrer Behandlung der weltpolitischen Fragen eine derartige Verblendung gezeigt und Deutschland dadurch an den Rand des Abgrunds gebracht hätten, dass es nur eine berechnete Notwehr des leidenden deutschen Volkes sei, wenn es seine nächste und dringendste Rettungsaktion selbst in die Hand nehme und während derselben keine Mitwirkung der am schwersten kompromittierten Volksgruppen dulde — dabei kann man ja die ausdrückliche und nachdrückliche Zusicherung geben, dass von einem bestimmten Termin an unantastbar demokratisch organisierte Neuwahlen stattfinden würden und dass man sich allen Resultaten derselben ebenso fügen würde, wie man im gegenwärtigen Augenblicke Ordnung und Disziplin verlange.

Mit diesen Bemerkungen wollte ich mich nicht mit meinem Rate aufdrängen — das mit Ententevertretern vielfach erörterte Thema regte mich nur dazu an, die Frage nach einem Auswege aus dem oben bezeichneten Dilemma mit ein paar Bemerkungen zu berühren.

Ist eigentlich Ihre höchst eindrucksvolle Broschüre über Marokko bereits wieder im Buchhandel erschienen? Dieselbe wäre für die oben besprochene Aufklärung besonders wichtig. Könnte ich wohl einige Exemplare sofort hierher erhalten, um sie an massgebende Franzosen, vor allem auch an die Redaktion des „Journal de Genève“ weiterzugeben? Es würde einen höchst günstigen Eindruck in Frankreich machen, dass der Verfasser dieser Broschüre der gegenwärtige Ministerpräsident Bayerns ist.

In den letzten Tagen wurde ich wegen des Aussetzens aller bisher geltenden Vorschriften mehrfach um die Befürwortung von Pässen für die Einreise nach Bayern ersucht. Dem früher genannten Redakteur Horwitz wollte ich solche Befürwortung nicht versagen, da derselbe eine Empfehlung vom Vorstand der hiesigen sozialdemokratischen Partei brachte. Ich bitte jedoch um Instruktion in

Bezug auf diese Frage, da es ja doch sein kann, dass Gründe bestehen, bestimmte Elemente gar nicht oder doch nicht ohne Einvernehmen mit München passieren zu lassen.

In diesem Augenblicke telephoniert mir ein französischer Kollege, der besonders gute Beziehungen zu den leitenden Pariser Blättern hat, ob ich ihm bald einen Pass nach München verschaffen könne. Ich glaube, dass solcher Besuch von grosser Tragweite wäre. Erbitte auch dafür Instruktion.

Zum Schluss möchte ich den Hinweis nicht unterlassen, dass Berlin gut täte, die hier bisher im Exil befindlichen deutschen Demokraten Rösemeier, Grelling, Fernau, die sich grosse Verdienste um das neue Deutschland erworben haben, nicht zu vergessen, sondern sie durch irgend ein Mandat heranzuziehen. Volksvorträge der Genannten in Berlin und München über die Kriegsursachen wären eine gute Vorbereitung für die Neuwahlen.

Ich werde — auch zur Ordnung persönlicher Angelegenheiten — Ende kommender Woche auf drei Tage nach München kommen und mich dann sofort bei Ihnen melden. Darf ich für alle Fälle bitten, der Grenzbehörde Lindau die Anweisung zu geben, meine Frau und mich undurchsucht passieren zu lassen; ich bringe eine Reihe wichtiger Dokumente betreffend die deutsche Kriegführung mit.

In aufrichtigster Hochschätzung bin ich, sehr verehrter Herr Ministerpräsident,

Ihr ganz ergebener

Prof. Fr. W. Foerster.

Nr. 12

George D. Herron in Genf an Eisner und Jaffé

Telegramm Genf, den 17. November 1918; 3⁵⁰ nachm.

Ich habe mein möglichstes getan, um den Präsidenten Wilson und die Entente-Regierungen zu überzeugen, dass Ihre Regierung vertrauenswürdig ist. Ihre beiden Telegramme mit meinen Begleitworten versehen wurden unverzüglich an den Präsidenten und an die Entente-Regierungen telegraphiert. Vor allem rate ich Ihnen dringend, möglichst viele deutsche Staaten zu überzeugen, Ihrer Führung zu folgen, zweitens die ersten Schritte zu einem vollen und offenen Bekenntnis der Schuld und Untaten der deutschen Regierung am Anfang des Krieges und an den Grausamkeiten der Kriegführung zu unternehmen. Die moralische Wirkung einer solchen Handlung wäre gewaltig und entscheidend. Drittens unternehmen Sie die ersten Schritte zur Berufung einer bayerischen oder deutschen Kommission,

die die verheerten Gebiete Frankreichs und Belgiens besuchen und Ihrem Ministerium unverzüglich darüber Bericht erstatten sollte. Ich bitte Sie, kühn, offen und unverzüglich zu handeln, nicht nur Deutschlands sondern der Zivilisation und der Menschheit wegen.

George D. Herron

Nr. 13

**Der Großsire Dr. Weiss an Großsire Frank Goudy,
Denver, Colorado**

Telegrammentwurf

Ohne Datum

Die deutschen Oddfellows bitten den Großsire der Souveränen Grossloge dringend im Namen des Gesamtordens, bei der amerikanischen Regierung auf eine Milderung der unerhört harten Waffenstillstandsbedingungen hinzuwirken, besonders in der Frage der Volksernährung und auf Herbeiführung eines gerechten, jede Vergewaltigung ausschliessenden Friedens, damit sich die Völker versöhnt die Hand reichen können zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Menschheit.¹⁾

Großsire Dr. Weiss

Nr. 14

Der Ministerpräsident an Dr. Weiss

Telegramm

München, den 17. November; 10⁵⁰ vorm.

Anregung durch meine eigenen Schritte bei der Entente überholt, Waffenstillstandsbedingungen bedeutend gemildert und wesentliche Zusicherungen von Lebensmitteln bereits erhalten. Weitere Verhandlungen schweben.

Kurt Eisner

¹⁾ Der bayerische Ministerpräsident wurde gebeten, diese Drahtung auf diplomatischem Wege nach Amerika weiterzugeben. Antwort in Stück 14.

Nr. 15

Der Ministerpräsident an den Gesandten FoersterTelegramm München, den 18. November 1918; 10³⁰ vorm.

Ich bitte Sie folgendes Telegramm über Bundesrat Bern der Entente zu übermitteln:

Wir bitten einer bayerischen Kommission zu gestatten, dass sie die in Belgien und in Nordfrankreich durch die Okkupation deutscher Truppen verursachten Zerstörungen feststellt.¹⁾

Kurt Eisner

Nr. 16

Die Gesandtschaft in Bern an das Ministerium des ÄusserenTelegramm Bern, den 18. November 1918; 12³⁰ vorm.

Längere Besprechungen mit verschiedenen Ententevertretern haben mir heute zur Gewissheit gemacht, dass es zur gegenwärtigen Stunde keine grössere Gefahr für den Fortgang der Nahrungsmittelzufuhr und für die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen gibt, als die in Ententekreisen beginnende Befürchtung, dass in den neuen deutschen Regierungen bolschewistische Einflüsse die Oberhand gewinnen könnten oder bereits gewonnen haben. Manche Presseberichte aus Deutschland steigern diese Befürchtung; auch ist die Entente in den Besitz von Briefen deutscher Sozialisten gekommen, die eine Propaganda fide zur Revolutionierung der Arbeiterbewegung in den Ententestaaten enthielten. Obwohl die massgebende Entente vorläufig aus solchen Vorkommnissen noch keine weitergehenden Schlüsse zieht, sondern die ihnen bekannte Tatsache berücksichtigen will, dass russische Gelder und russische Stimmen zweifellos auf manche Elemente in Deutschland nicht ohne Einfluss bleiben konnten, so ist doch zu beachten, dass es in der Entente Hetzer gibt, die für eine militärische Besetzung ganz Deutschlands Propaganda fide machen, um so die bolschewistische Welle abzdämmen.

Es wäre darum nichts wichtiger, als dass jetzt in Deutschland machthabende Kreise allen Anlass benutzen, um gerade durch den Mund ihrer radikalsten Wortführer deutlich zu erklären, dass man bei allem Radikalismus der sozialen Programme doch absolut nicht geneigt sei, den chaotischen Osten als Lehrmeister für deutsche Entwicklung anzuerkennen.

¹⁾ Siehe Nr. 12.

Ich bin hier mit Erfolg tätig, die Entente zu überzeugen, dass sie den Bolschewismus — worunter sie lediglich die Anarchie und Gewaltmethode der sozialen Regenerationen versteht — am besten dadurch vorbeugen könne, indem sie die Frist der Demobilisierung verlängere, sich unmittelbar an der Verpflegung unserer Fronttruppen beteilige und vor allem die Drohung fallen lasse, dass die jenseits der bisherigen Frist noch anzutreffenden deutschen Truppen interniert werden würden, was entschieden an der Panik schuld ist, die gerade unsere Etappen ergriffen hat.

Wie ist es nur möglich, dass der deutsche Militär-Attaché in Bern, Major von Bismarck, immer noch nicht abberufen ist. Dass dieser Bandit noch hier weilen darf, anstatt telegraphisch auf den Weg gebracht zu werden, macht hier den ungünstigsten Eindruck, da man weiss, dass er hier mit den schlimmsten Mitteln das bolschewistische Element unterstützt hat, als Sprengstoff gegenüber den Entente-Regierungen. Nicht nur seine schleunigste Abberufung, sondern auch diejenige seiner etwa 400 Helfershelfer ist dringend nötig, um Vertrauen zu schaffen.

Foerster. von Böhm

Nr. 17

Der Gesandte in Bern an das Ministerium des Äussern

Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3⁰⁰ nachm.

Ich bitte von allen Proklamationen und offiziellen Erklärungen der neuen Regierung umgehend und fortlaufend eine grössere Anzahl von Exemplaren der Gesandtschaft zuzustellen zum Zwecke der im gegenwärtigen Augenblicke besonders wichtigen Aufklärung über die Absichten der deutschen Regierung.

Foerster

Nr. 18

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Dringendes Telegramm Bern, den 19. November 1918; 3²³ nachm.

Nach Einvernehmen mit massgebendsten Stellen bitte mir Antrag zur Weiterleitung geben: Alliierten-Kommission möge nach Bayern kommen, um sich persönlichen Eindruck vom neuen Geiste und von Nahrungsverhältnissen zu verschaffen. Gewährung wahrscheinlich und folgenreich.

Foerster

Nr. 19

Der Ministerpräsident an den Gesandten in BernTelegramm München, den 19. November 1918; 11⁰⁰ nachm.

Bitte bei Alliierten anregen, dass sie eine Kommission entsende, um sich persönlich vom neuen Geiste zu überzeugen.

Kurt Eisner

Nr. 20

Der Gesandte in Berlin Dr. Muckle an den Ministerpräsidenten

Berlin, den 19. November 1918

Sehr verehrter Herr Eisner!

Gestern abend, am 18. November, hatte ich eine lange Unterredung mit Maximilian Harden, der sich in einer verzweifelten Stimmung befindet. Harden stimmt mir in der Beurteilung der politischen Lage vollkommen zu, und da ich nicht als Privatmann vor Harden stand, so erklärte er, durch mich erst habe er wieder einen Lichtblick gewonnen. Er bedaure sehr, mich nicht früher gesprochen zu haben, viele Qualen wären ihm erspart geblieben.

Harden und ich beurteilen die politische Lage folgendermassen:

1. Die herrschenden Regierungsmänner sind unfähig, die grossen Aufgaben zu lösen, die in diesem Augenblick das niedergeworfene, von Kräften des Aufruhrs durchzuckte Deutschland bedrängen. Harden bekräftigt mein Urteil: es handelt sich um Klein- und Spiessbürger oder doch um Menschen ohne Leidenschaft und Schwung, denen die Revolution kein heiliges Erbe ist, das es zu mehren gilt, sondern irgend ein politischer Vorgang, den man hinnimmt, wie einen Punkt der Tagesordnung einer Parlamentssitzung. Während in Bayern förmlich lebensdurstige Kräfte aufquellen, ein Drang zur Höhe die Massen belebt und ein feierlicher Ernst das gewaltige Ereignis weiht, herrscht in Berlin Verdrossenheit, eine bange Schwüle. Man hat den Eindruck, als ob das Ideal des Sozialismus die Regierungsmänner kalt liesse, das Wort Sozialismus, mag es auch in eine ferne Zukunft weisen, verpönt wäre. So ist die Folge, dass die den Kreisen der Reaktion angehörenden denkenden Geister die Bewegung belächeln, als einen Vorgang ohne fortwirkende Kraft betrachten. Ebert mag ein aufrichtiger, pflichteifriger Mensch sein: jeder weite Blick, jede Selbständigkeit in der Beurteilung der Lage, der politische Instinkt, der das erst werdende wittert, geht ihm ab.

Erzberger, den ich gestern sprach, hat man richtig als den süddeutschen Scheidemann bezeichnet. Auch ich habe den Eindruck bekommen, dass er bei allem Fleiss seiner Aufgabe nicht von ferne gewachsen ist. Er ist ein Kleinbürger ohne tiefere Bildung, ein Emporkömmling, dessen wichtigste Sorge war, zu fragen, ob ich mich mit Exzellenz anreden lasse. Und Männer solchen Schlags sollen dazu berufen sein, ein Volk, das in einem Abgrund stöhnt, wieder ans Licht zu führen. Harden ist verzweifelt, ich selbst aber komme aus dem Staunen nicht heraus, dass derartiges überhaupt möglich ist.

2. Die Reaktion ist im Anzug: Die proletarischen Gruppen bekämpfen sich in leidenschaftlichster Weise, während auf der anderen Seite eine ganze Reihe der schlimmsten Vertreter des alten Systems wichtige Positionen innehaben (Auswärtiges Amt, Auslandsvertretung u. a.). Die Offiziere, deren Geist sich selbstverständlich nicht von heute auf morgen gewandelt, wagen sich wieder keck hervor, im Reichskanzlergebäude — ein typischer Fall, den ich selbst erlebt — schreit ein Regierungsrat mit junkerlicher Stimme, dass die Halle erdröhnt, im Osten bemächtigen sich hohe Offiziere der Soldatenräte.

3. Die Gefährdung durch Liebknecht ist gross: Harden wie ich geben Liebknecht recht, wenn er betont, dass die Revolution eine Halbheit, ja weniger als dies ist, und dass es ein Leichtes sein wird, sie abzuwürgen. Liebknechts Hass richtet sich wohl auch gegen die Vertreter des alten Systems, vor allem aber, wie er sich ausdrücken könnte, gegen die Verräter unter den Sozialisten. Aber wenn Liebknecht die Diktatur des Proletariats preist und den Terror heilig spricht, so birgt eine solche Agitation ungeheure Gefahren. Sollte es Liebknecht gelingen, mit seinem Geiste grössere Arbeitermassen zu entflammen — und mit dieser Möglichkeit muss gerechnet werden — so ist nicht nur nicht an Friedensschluss zu denken, sondern es muss selbst damit gerechnet werden, dass die Entente mit eherner Hand Ordnung schafft. Was das bedeutet, brauche ich nicht auszumalen.

Süddeutschland, insbesondere Bayern, müssen unbedingt zu den Berliner Vorgängen Stellung nehmen. Siegt die Reaktion — und die heutige Regierung ist alles andere wie ein Wall gegen sie — dann werden selbstverständlich die Ergebnisse der Revolution des Südens in Frage gestellt. Schafft die Entente Ordnung, so sinken wir in die tiefste Tiefe der Erniedrigung. Wir Süddeutschen allein bilden einen festen Mittelpunkt in diesem Wirbel, der uns hier umbrandet. Wir verfügen über Machtmittel, die vielleicht stark genug sein könnten, die Klärung und Festigung herbeizuführen.

Um die versinkende Flamme des revolutionären Geistes zu beleben, müssen wir verlangen (das ist auch Hardens Meinung)

- a) sofortige Veröffentlichung der Geheimakten, Verhaftung der Schuldigen, Einführung eines Staatsgerichtshofes. Damit würde man Liebknecht zu einem gutem Teil das Wasser abgraben.

- b) Es sollte versucht werden, die Regierung sofort von den unfähigen Elementen zu säubern. Eine Regierung muss gebildet werden, die aus überzeugten, starken, hochgebildeten Männern sich zusammensetzt, die auch vor den Augen der Feinde bestehen können, und es ist sehr zu erwägen, ob nicht Liebknecht aufzunehmen wäre, um ihn, der gefährlich ist wie ein Sprengstoff, zu versöhnen.

Sollte die Reichsregierung unseren ernstesten Vorstellungen kein Gehör schenken, so müssten wir den Abfall des Südens wenigstens androhen. Preussen hat uns in das Unglück des Krieges gestürzt, es soll uns nicht noch tiefer in den Abgrund, aus dem wir uns herauszuarbeiten suchen, hinabdrücken.

Die Lage ist sehr ernst. Der Hamburger Soldatenrat verlangt die Verlegung des Reichsmarineamtes nach Hamburg, in Sachsen macht sich ein gefährlicher Radikalismus geltend, kurz, während im Süden Ordnung herrscht, grollen im Norden dämonische Kräfte, die irgendwie gebändigt werden müssen. Vielleicht ist es gut, wenn Sie den Ministerrat einberufen, auf dass ich mit Vollmachten ausgestattet werden kann. Es muss sofort gehandelt werden.

Harden ist weitaus der bedeutendste der Politiker, den ich bisher gesprochen habe. Eine gewisse Leidenschaft ist ihm nicht abzusprechen, an Bildung überragt er die anderen unendlich. Heute Abend wird er sich bei mir einstellen. Ich glaube, dass Harden als Delegierter bei den Friedensverhandlungen schon seines Ansehens wegen, das er auf Seiten der Entente genießt, Grosses leisten könnte. Wie stellt sich die Bayerische Regierung zu einer Entsendung Hardens?

Ich erfahre soeben, dass der Vollzugsausschuss der Berliner Soldatenräte für Hinausschiebung der Einberufung der konstituierenden Versammlung ist.

Der Gesandte

Fr. Muckle

Nr. 21

Das Schweizer Komitee zur Vorbereitung des Völkerbundes an die bayerische Volksregierung

Telegramm Basel, den 20. November 1918; 11⁴⁰ nachm.

Wichtigste Gründe, vor allem Wilsons Europareise, erfordern (in) deutschem Interesse dringend Bildung verhandlungsfähiger Regierung spätestens Mitte Dezember. Empfehlen ausnahmsweise Zulässigkeit Ausübung Wahlrechts am Aufenthaltsort auf Grund Geburtsschein oder Militärpass, welche zur Vermeidung Doppelwahl vom Wahlbüro

abgestempelt werden. Hierdurch Wählerlisten überflüssig. Aufstellung Kandidatenliste vornehmen Parteileitungen endgültig spätestens Wahltag. Parteiinteresse gewährleistet Erfüllung lokaler Wünsche. Wahlzettel enthält statt Namen Ordnungsnummer der Parteiliste. Anerbieten detaillierten Vorschlag.

Schweizer Komitee Vorbereitung Völkerbundes Bern

Nr. 22

**Der Ministerpräsident an die bayerische Gesandtschaft
in Berlin**

Telegramm München, den 21. November 1918; 4⁸⁰ nachm.

Ersuche sofort namens bayerischer Regierung bei Reichsregierung Schritte zu tun, dass Urkunden über Ursprung Kriegs umgehend veröffentlicht werden. ¹⁾ Das ist das einzige Mittel, um zu erreichen, dass Friedensverhandlungen im Gefühl gegenseitigen Vertrauens geführt werden. Bitte bei Waffenstillstandskommission sich zu beteiligen, am besten Dr. Muckle persönlich. Wenn dauernd nicht möglich, von Schoen abordnen und dann Dr. Muckle zeitweise beiwohnen.

Äusseres Ministerium

Kurt Eisner

Nr. 23

Der Gesandte in Bern an den Ministerpräsidenten

Bern, den 21. November 1918

Hochgeehrter Herr Ministerpräsident!

Montag abend werde ich mit Herrn Dr. Muehlon in München eintreffen, möchte jedoch nicht unterlassen, einige besonders wichtige Angelegenheiten schon vorher darzulegen oder andeutend zu besprechen.

Zunächst kann ich mitteilen, dass ich vorgestern vom Bundespräsidenten anerkannt worden bin. Schon vorher hat der Bundespräsident alle ihm von mir übermittelten Bitten der bayerischen Regierung umgehend an die Entente weitergeleitet. Wegen der Vielköpfigkeit der Adressaten ist natürlich eine schnelle Antwort nicht

¹⁾ Vgl. Nr. 20.

zu erwarten. Das zuletzt mir telegraphierte Ersuchen betreffend Germersheim¹⁾ habe ich besonders dringend gemacht, da dasselbe ja auch mit dem schweizerischen Grenzschutz zusammenhängt.

Ich bin übrigens auf Grund des mir von der Entente entgegengebrachten Vertrauens in der Lage, schon jetzt direkt mit den fremden Gesandtschaften zu verkehren; gestern abend war ich bei dem italienischen Gesandten und habe ihm besonders ans Herz gelegt, es möge dafür gesorgt werden, dass bald Südfrüchte nach Bayern kommen. Soeben höre ich, dass der Gesandte die betreffende Anregung mit besonderem Nachdruck weitergegeben und die Aussicht auf baldige Berücksichtigung gemacht hat. Es herrscht überall auf jener Seite jetzt guter Wille, uns zu helfen, ganz besonders zu Bayern hat man Vertrauen; es fehlt aber noch an Organisation der Hilfeleistung. Diese kann meines Erachtens nur dann gefördert werden, wenn ein bis zwei Sachverständige aus Bayern baldigst hierher kommen und den Vertretern der fremden Mächte hier ganz konkret Bayerns Bedürfnisse und Wünsche darlegen. Diese Aktion sollte unabhängig von der erbetenen Entente-Kommission, deren Aufgabe wohl mehr Information sein wird, sofort erfolgen. Ich habe alles hier so vorbereitet, dass die betreffenden Herren in meiner Abwesenheit sich hier im Bernerhof an Kommerzialrat Meinel wenden können, der alles andere vermittelt, d. h. die Herren sofort mit der Entente in Verbindung setzen wird.

Die Lage scheint mir so zu sein, dass die Bauern ja noch genug haben, aber weniger wie je hergeben, weil die militärischen Zwangsmittel an Kraft verloren haben. Da bleibt eben doch nur das Mittel, daß man bald eine feste Zusage von der Entente bekommt, worauf man dann in der Presse auf das Kommen des Ententegetreides hinweisen müsste. Die Bauern werden dann, wenn sie den Weltmarktpreis bekommen, in den Überschusszentren sehr gerne hergeben. Der Staat müsste dann auf offenem Markte kaufen und die Differenz zwischen dem jetzigen Preise und dem Weltmarktpreis durch Anleihe decken. Wir haben zuviel Zwangswirtschaft getrieben, man muss mehr mit der Bauernnatur rechnen, besonders in der jetzigen Krise. Das beifolgende Exposé des Herrn Kommerzialrat Meinel aus Wien, Sachverständigen der Wiener Regierung, begründet die hier ange deuteten Notwendigkeiten eingehender.²⁾

Betreffend die Gerüchte über Unterstützung des Bolschewismus durch die leitenden sozialistischen Kreise möchte ich bemerken, dass meine Haupttätigkeit hier darin bestanden hat, das ungeheure und

¹⁾ Dringendes Telegramm des Ministerpräsidenten vom 20. November 1918; 10⁰⁰ nachm: „Ersuchen dringendst, bei Entente zu vermitteln, dass das grosse Russenlager in Germersheim unter der Bewachung der deutschen Soldaten bleibt, bis es den Franzosen übergeben werden kann. Sonst schwerste Unordnungen befürchtet.“

²⁾ Das Gutachten behandelt die angedeuteten wirtschaftlichen Fragen.

täglich neue Nahrung ziehende Misstrauen gegen das neue Deutschland zu zerstreuen. Natürlich konnte ich das Gerücht widerlegen, dass die bayerische Regierung oder die jetzige Reichsleitung irgendwelche Agitation in jener Richtung treibe. Ich habe den Herrn Bundespräsidenten gebeten, mir, wenn irgend möglich, von der Entente Beweise zu verschaffen. Er scheint das für recht schwierig zu halten, da die Entente ihre Gewährsmänner natürlich nicht gerne ins Licht setzt. Heute kam jedoch ein Mitglied der französischen Botschaft zu mir und nannte mir die Namen folgender deutscher Sozialisten, die am 14. in La Chauv-de-Fonds mit französischen Sozialisten zusammengekommen seien: Sassenbach, Huber, Achille Graber?, Bauer, Gewerkschaftsvorsitzender aus Frankfurt. Nun ist es möglich, dass die Betreffenden keine Bolschewisten, sondern sogar Mitglieder der Mehrheitssozialisten sind, die auf eigene Hand oder im Auftrage lokaler Zentren versuchen wollten, die französischen Sozialisten gegen die Waffenstillstandsbedingungen der Entente mobil zu machen, ohne deshalb gleich Revolution in Frankreich anzufachen zu wollen. Gleichwohl würde auch ein solcher Versuch ein Beweis jener Illoyalität sein, die man den bisherigen deutschen Regierungen vorwirft: Man verhandelt offiziell mit den bestehenden Regierungen und treibt hintenherum noch eine Politik der Aussaat von Zwietracht in den Reihen der Gegner.

Ich habe übrigens all jenen Gerüchten gegenüber hervorgehoben, dass die deutschen Regierungen natürlich nicht für Machenschaften verantwortlich seien, die von kleinen Gruppen extremer Elemente ausgingen, wie sie in allen Ländern vorhanden seien. Bei all diesen Bemühungen habe ich immer wieder gesehen, wie sehr jetzt alles darauf ankommt, dass alles vermieden wird, was jenem Misstrauen neue Nahrung gibt. Deutschlands Leben hängt an einem Faden! Unbegreiflich war es von diesem Standpunkte aus, dass Scheidemann neulich den Vertreter der von deutschem Gelde bezahlten antienglischen Propagandazeitung „Continental Times“ als geeignet befand, über den englischen Hungerkrieg — der doch durch unser Minenlegen und unsere U-Boote provoziert war — zu schelten und das in dem gleichen Augenblick, in dem in der englischen öffentlichen Meinung die Ansicht durchdringt, dass Deutschland geholfen werden müsse!

Im Anschluss an diese Feststellung ist auch ein Wort über die ganz verzweifelte Situation der deutschen Gesamtvertretung in Bern zu sagen. Ist es nicht ein gänzlich unhaltbarer Zustand, dass jetzt in diesem Mittelpunkt internationaler Beratung und Verständigung das grosse Deutsche Reich einen Gesandten hat, der von einer leitenden Zeitung des Landes als „moralisch nicht existierend“ bezeichnet wird und der jedenfalls als Vertreter des alten Systems völlig isoliert dasteht. Herr von Romberg ist persönlich ein Ehrenmann, es sind aber unter seiner Leitung Dinge passiert, für die er nun doch einmal als der oberste Vertreter Deutschlands am hiesigen Orte verantwortlich gemacht wird. Jeder neue Tag bringt mir neue Beweise dafür,

dass die Entente diesen Zustand der deutschen Vertretung als ein Zeichen dafür betrachtet, dass in Berlin noch nicht verstanden wird, was die Stunde geschlagen hat. Es rächt sich jetzt aufs Schwerste die frühere Verbindung der deutschen Regierung mit dem Bolschewismus: Auch massgebende schweizerische Kreise haben den Verdacht, dass noch jetzt gewisse Gruppen des Personals der deutschen Gesandtschaft die unterminierende Bombenpolitik des Militärattachés von Bismarck fortsetzen. Schleunigste Beendigung dieses Zustandes ist zu wünschen . . .¹⁾

Für Bayerns neue Regierung treffe ich überall die aufrichtigste Sympathie; auch gestern abend beim italienischen Gesandten; Berlin hingegen gilt als undurchdringliches Geheimnis. Man fürchtet von dorther eine „imperialistische Republik“. Ich habe das wachsende Vertrauen zu Bayern benutzt, um den beifolgenden Kommentar zu Ihrem Ersuchen um Sendung einer Kommission in die Hände der hiesigen Entente-Vertreter zu bringen.²⁾ Vertrauliche Behandlung ist schon deshalb gesichert, weil die Herren offiziell noch keinen direkten Verkehr mit mir haben dürfen. Ich glaubte mit jenem Kommentar im Sinne Ihrer Worte zu handeln, „die besondere Form der bayerischen Revolution in ihrem moralischen Einflusse geltend zu machen“. Es ist augenblicklich von hoher politischer Bedeutung, der Entente, gerade weil sie Berlin mit grösstem Misstrauen betrachtet, ohne den dortigen Schwierigkeiten gerecht werden zu können, die Perspektive zu eröffnen, dass Bayern die Klärung der politischen Entwicklung in Deutschland entscheidend bestimmen werde.

Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hat das kürzlich in den M. N. N. veröffentlichte Programm der bayerischen Regierung überall gemacht. Was das schwer bedrückte deutsche Volk jetzt fast noch mehr braucht als materielle Nahrung, das sind solche erhebende Perspektiven. Ich habe hier viele Anträge bekommen, mich interviewen zu lassen, wollte mich aber über prinzipielle Probleme und politische Absichten nicht ohne enge Einvernahme mit der bayerischen Regierung aussprechen.

In ausgezeichnetener Hochachtung

Ihr ergebenster Fr. W. Foerster

1) Es folgen Mitteilungen über organisatorische und geschäftliche Angelegenheiten der Gesandtschaft, hier ohne Bedeutung.

2) Der Kommentar besagt, eine solche Kommission würde sich von der bedrohlichen Ernährungslage der untern und mittleren Schichten überzeugen können, aber auch davon, dass das neue Regiment in Bayern auf moralischer Basis beruhe, und dass sein Geist geeignet sei, dasjenige politische und soziale Programm durchzusetzen, mit dem allein Deutschland wieder aufgebaut und die Welt vor der Gefahr des Bolschewismus bewahrt werden könne. Durch unmittelbare Augenscheinnahme würden die Alliierten Vertrauen fassen und andererseits würde durch solche Beihilfe das Ansehen der bayerischen Regierung nicht nur im Lande, sondern auch im deutschen Norden gestärkt.

Nr. 24

Der Gesandte in Bern an den MinisterpräsidentenTelegramm Bern, den 22. November 1918; 8⁵⁰ nachm.

Mit Bezug auf ankommenden Bericht möchte ausdrücklich hervorheben, dass meine provisorische und sozusagen inoffizielle Anerkennung durch die Bundesbehörde nicht mit der eigentlichen Akkreditierung identisch ist.

Foerster

Nr. 25

Der Ministerpräsident an den Gesandten in BernTelegramm München, den 22. November 1918; 9⁰⁰ vorm.

Der Bayerische Ministerpräsident empfing eine Abordnung von 15 Franzosen aus dem Gefangenenlager Puchheim. Er hielt eine Ansprache an sie, in der er seiner alten Bewunderung für Frankreich Ausdruck verlieh und die Gefangenen bat, bei ihrer Wiederkehr in der Heimat zu wirken, dass ein Zustand des Vertrauens und der Freundschaft zwischen den beiden Völkern für immer geschaffen würde. Er versprach Sorge zu tragen, dass die Gefangenen möglichst rasch und sicher abtransportiert werden. Ein Sprecher der Gefangenen versicherte dem Ministerpräsidenten, dass sie in seinem Sinne wirken wollten. Die Deputation war auf Ersuchen des Ministerpräsidenten erschienen. — Dass ich in Sachen Bolschewismus und sonst ganz ihrer Meinung bin, ist Ihnen bekannt. Ich habe im November 1917 schon in einer öffentlichen Versammlung gegen den Bolschewismus Stellung genommen und seitdem auch in der russischen Presse selbst ihn bekämpft. Die Berliner Regierung scheint mir ganz unmöglich. Ich werde persönlich versuchen, dort umgestaltend zu wirken. — Redakteur Horwitz, der ein Wirtkopf ist, hat hier einigen Leuten den Kopf verdreht.

Kurt Eisner

Nr. 26

**Amtliche Mitteilungen aus bayerischen diplomatischen
Aktenstücken in der Korrespondenz Hoffmann am
23. November 1918**

(Siehe oben Seite 3 ff.)